

Pressemitteilung

24. Juni 2016

## Architektenkammer protestiert gegen Missachtung von Wettbewerbsergebnissen

Zwei Projekte für neue Wohnhochhäuser, auf der Fischerinsel und am Spreeufer in Berlin, beide das Ergebnis von Planungswettbewerben, werden nun öffentlich unter Druck gesetzt. Der Wohnbebauung an der Fischerinsel droht, dass sie möglicherweise nicht genehmigt wird. „Wenn die Ergebnisse solcher Verfahren, wie nun zu befürchten steht, für die beteiligten Bezirke keine bindende Wirkung haben, bedeutet das nichts Gutes für die ohnehin vergleichsweise schwach entwickelte Wettbewerbskultur in Berlin“, sagt Christine Edmaier von der Architektenkammer Berlin.

Sowohl das geplante, in einem Wettbewerb prämierte Hochhaus auf einem Grundstück der WBM an der Fischerinsel, Ecke Leipziger/Annenstraße, als auch die schlanken Wohntürme der Agromex an der Spree sind Ergebnisse von ordentlichen, durch die Architektenkammer registrierten, Wettbewerbsverfahren, an denen neben den Fachleuten und Sachverständigen auch die Politik und die Verwaltung beteiligt waren. „Es ist ja gerade der große Vorteil von Wettbewerben, dass alle an einem Tisch sitzen und sich gemeinsam für die beste Lösung entscheiden, die optimal auf die jeweilige Situation zugeschnitten ist. Mit dem Wettbewerb hat man nicht nur die Planenden, sondern eben auch den richtigen Entwurf gefunden.“

Das Hochhaus an der Ecke der Fischerinsel vermittelt zwischen den gigantischen, freistehenden Wohnblöcken und der im Planwerk intendierten Blockrandbebauung, der auf der gegenüber liegenden Straßenseite im Jahr 2000 bereits das „Ahornblatt“ unter Protesten geopfert wurde. Die gelungene städtebauliche Einpassung des Entwurfes wurde vom Preisgericht, in dem die Stadtplanung vertreten war, besonders hervorgehoben. Wenn nun vorgetragen wird, dass die vorhandenen Hochhäuser Solitäre seien, fragt man sich, warum Senat und Bezirk jahrelang die Einbindung dieser Solitäre verfolgt haben. Auch an der Fanny-Zobel-Straße galt es für die privaten Investoren, einen Kompromiss zu finden zwischen dem grünen Spreeufer und der geplanten Wohnbebauung, was durch die schlanken Türme mit wenig Grundfläche möglich wird.

In beiden Fälle ist das Ergebnis gelungen und wurde durch Fachleute und Politiker allgemein gelobt. Wenn nun nachträglich den allgegenwärtigen Protesten, sei es durch Anwohner oder durch Bürgervereine, dadurch Rechnung getragen wird, dass man den erreichten Konsens wieder aufs Spiel setzt, ist das ein völlig falsches Signal.



Stadtentwicklung muss komplex und langfristig gedacht werden, und insbesondere die Erschließung innerstädtischer Wohnbaupotentiale ist viel zu sehr im allgemeinen Interesse, um zur parteipolitischen Profilierung oder zur Durchsetzung von Partialinteressen missbraucht zu werden. Bei einem regelgerecht durchgeführten Wettbewerb mit einer ordentlichen Jury sollte das Ergebnis akzeptiert werden, auch wenn es nie allen gefallen kann. Gerade in den Tagen der Fußball-Europameisterschaft könnte man zumindest dies von anderen Disziplinen lernen.

---

**Architektenkammer Berlin**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Dipl.-Ing. Petra Knobloch

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Alte Jakobstraße 149

10969 Berlin

T 030 . 29 33 07-21 / F 030 . 29 33 07-16

[kommunikation@ak-berlin.de](mailto:kommunikation@ak-berlin.de)

[www.ak-berlin.de](http://www.ak-berlin.de)

